

Einen Ausbildungspakt mit den Jugendlichen schließen!

Wir haben viele junge Menschen ohne Ausbildungsplatz. Sie finden keinen, weil es zu wenige gibt. Das ist die Realität, die die Bundesregierung endlich anerkennen muss.

1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben keine Berufsausbildung. Über 84 000 haben laut Bundesagentur in diesem Jahr keinen Ausbildungsplatz erhalten, und die Zahl der Ausbildungsplätze ist seit Beginn des Ausbildungspaktes sogar um 8 Prozent eingebrochen. Der Pakt ist ein Ausbildungsplatzvernichter, und das feiern Sie auch noch als Erfolg. Als Linke fordern wir Sie auf: Begraben Sie diesen Ausbildungspakt und schaffen Sie endlich Ausbildungsplätze für alle!

Bei den Paktverhandlungen hat sich nur der Deutsche Gewerkschaftsbund hinter die Jugendlichen gestellt. Sie waren gegen Schmalspurausbildungen, haben für eine ehrliche Statistik gestritten. Wir Linke ziehen den Hut vor dem DGB, sich nicht am Pakt zu beteiligen. Da nützt es auch nichts, Herr Kollege Rupprecht, wenn sie den DGB als Bremser und Miesmacher beschimpfen. Fegen Sie besser vor Ihrer eigenen Tür: 190 Millionen Euro im nächsten Haushaltjahr bei beruflicher Bildung kürzen und als williger Handlanger der Wirtschaft auftreten: Das ist Ihre Devise. Leisten Sie endlich Ihren Beitrag zu einer Ausbildungsbilanz, bei der die jungen Menschen nicht unter den Teppich gekehrt werden.

Jeder zweite Jugendliche hat in diesem Jahr keinen Ausbildungsplatz erhalten. Wie wollen Sie all diesen jungen Menschen erklären, dass Sie die 60 000 zusätzlichen Ausbildungsstellen im Pakt nicht verbindlich festgeschrieben haben? Die Wirtschaft verspricht jetzt wieder zusätzliche Ausbildungsplätze. Die Zahlen der vergangenen Jahre haben aber gezeigt, dass sich die Unternehmer nicht an ihre Zusagen gehalten haben. Statt nun durchzugreifen und konsequent für Ausbildungsplätze einzutreten, stempeln Sie viele junge Menschen als ausbildungsunwillig und -unfähig ab. Als Linke sagen wir Ihnen: Sprechen Sie doch mal mit den Betroffenen. Alle wollen sich eine Zukunft in unserer Gesellschaft aufbauen. Und hierzu benötigen Sie eine verlässliche Politik und keine Regierung, die auf sie draufhaut.

Im neuen Ausbildungspakt wollen Sie verstärkt Jugendliche in den Blick nehmen, die bisher Schwierigkeiten beim Übergang in die Ausbildung hatten. Hierzu zählen Sie auch die Gruppe der Migrantinnen. Sie wollen – ich zitiere – „vor allem die Ausbildungsreife verbessern“. Hier geht es nicht um Reife, sondern um die Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten – und die fängt schon viel früher an. Bereits in der Grundschule müssen die in Bayern mehr als sechsmal so viel Leistung erbringen wie deutsche Kinder, um ein Gymnasium zu besuchen. Haben sie die Schule dann mit einem Realschulabschluss absolviert, erhält nur die Hälfte eine Ausbildung. Und hier sagen wir eindeutig: Es liegt nicht an der Leistung von Migrantinnen und Migranten, sondern an den Steinen, die wir ihnen in den Weg legen.

Nach einer BIBB-Studie haben sie das gleiche Interesse an einer Ausbildung. Auch ihre Strategie, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, unterscheidet sich kaum. Bei gleichen Noten erhalten Jugendliche mit türkischem Migrationshintergrund nur halb so oft einen gewünschten Ausbildungsplatz wie Deutsche. Um es mit den Worten eines Jugendlichen auszudrücken: Meine Familie hat einen deutschen Pass, ich habe einen Realschulabschluss mit 2,1, aber ich bekomme keine Tischlerausbildung, weil ich Serhat heiße.

Ihre Integrationspolitik in der beruflichen Bildung heißt: Ausgrenzung statt Teilhabe und Schuldzuweisungen statt Verantwortung für Jugendliche zu übernehmen. So etwas lehnen wir als Linke ab. Wir wollen, dass alle einen guten Ausbildungsplatz erhalten. Schließen Sie endlich einen Ausbildungspakt mit den Jugendlichen und lassen Sie uns alle gemeinsam die Umlage einführen.